

Gudrun Hentges / Bettina Lösch (Hrsg.): Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte. VS Verlag, Wiesbaden 2011 (336 S., € 29.90)

Wie sich an zahlreichen Krisensymptomen ablesen lässt, unterliegt die soziale und politische Welt seit Jahren starken Transformationsprozessen. Mit dem bereits im Titel formulierten Anspruch, eine "Vermessung der sozialen Welt" vornehmen zu wollen, stellt sich der als Festschrift für Christoph Butterwege, Sozialwissenschaftler und Armutsforscher, gewidmete Sammelband der Herausforderung, die gegenwärtigen Veränderungen einer umfassenden sozialwissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Fortschreitend von einer Untersuchung (neoliberaler) Globalisierungsprozesse im ersten Teil des Bandes, werden im zweiten Teil die soziale Frage und (Kinder-)Armut als Folge des Sozialstaatsabbaus in den Blick genommen. Die letzten beiden Teile beschäftigen sich dann mit der Analyse rechtsextremer Ideologiebildung sowie dem Themenkomplex von Migration, Integration und Rassismus.

Im ersten Teil diskutiert Bettina Lösch die Frage nach den Konsequenzen für politische Bildung, die sich aus der Transformation demokratischer Verfasstheit ergeben. Diese Veränderungen lassen sich als Informalisierung, Entpolitisierung, Beschleunigung und Privatisierung von Politik, sowie als Stärkung einer durch den Bezug zum | Ausnahmezustand legitimierten "entfesselten Exekutive" beschreiben. Die Verschiebung der Entscheidungsfindung auf sogenannte "Nebenparlamente" fasst Lösch mit dem Begriff der "ortlosen Demokratie" und betont: "Die neuen Formen der Mehrebenenpolitik führen zu Intransparenz und ziehen einen Verlust demokratischer Öffentlichkeit und Legitimität nach sich." (S.58) Aus der Perspektive einer kritischen politischen Bildungsarbeit ist es angesichts dieser Entwicklungen notwendig, wieder "mehr Gelegenheiten Orte und Zeiten für politische Bildung, Meinungs- und Willensbildung zur Verfügung zu stellen" (S.64), die kritische Urteilsfähigkeit zu fördern und die politische Handlungsfähigkeit durch das Aufzeigen von Handlungsalternativen zu stärken.

In Deutschland hat der mit gleichzeitigen Steuersenkungen einhergehende Abbau des Wohlfahrtsstaates unter anderem zu drei Millionen von Kinderarmut betroffenen Jugendlichen geführt. Ausgehend von der empirischen Tatsache, dass Armut und damit auch Bildungs- und demokratische Partizipationschancen "buchstäblich vererbt werden" (S.122), analysiert Michael Klundt, wie sich der Armutsdiskurs zunehmend mit einem instrumentellen Generationendiskurs verbindet. In diesem wird die Sorge um Kinder zur "Verantwortung für kommende Generationen"

umgedeutet und die Kürzung sozialer Leistungen als "Rettung der Familie" inszeniert. Die Kinderrechte werden in dieser Argumentation genau wie demokratische Teilhabe letztlich als "Ineffizienzen" denunziert, denen Klundt die Forderung nach einer Erhöhung staatlicher Einnahmen entgegensetzt: "Denn ein sich selbst arm machender Staat kann Armut nicht bekämpfen und die Kinderrechte nicht verwirklichen." (S.129).

Der dritte Teil des Sammelbandes nimmt den Rechtsextremismus und mögliche (pädagogische) Präventionsmaßnahmen in den Blick. In einer Gegenüberstellung konträrer Positionen erörtern Armin Pfahl-Traughber und Gerd Wiegel das analytische Erklärungspotential der aktuell stark in die Kritik geratenen Extremismustheorie. Während Pfahl-Traughber den Nutzen eines Vergleichs formaler Aspekte totalitärer Herrschaft rechtfertigt und den Vorwurf der politischen Instrumentalisierung als für den Wahrheitsgehalt einer wissenschaftlichen Theorie unerheblich zurückweist, prangert Gerd Wiegel die in der Extremismustheorie vorgenommene ideologische Verengung des Demokratiebegriffs an und kritisiert die "praktische Nutzlosigkeit des Ansatzes". Dieser sieht nämlich davon ab, dass linke Gewalt (anders als rechte) "keinem Konzept einer 'gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit' entspringt und damit auch keinen Niederschlag im Alltag kommunaler Sozialräume [findet]" (S.227).

In der Frage, wie sich dem Problem des Rechtsextremismus mit pädagogischem Handeln begegnen lässt, argumentiert Klaus-Peter Hufer für eine Rückbesinnung auf seine Ursachen. Mit Blick auf die Vorurteilsforschung und Theorien der autoritären Persönlichkeit konstatiert Hufer, dass sowohl Vorurteile als auch Aggressionen und autoritäre Handlungsmuster nicht "naturegegeben" sind, sondern in einem "entsprechenden Sozialisationsklima erworben" werden. Als Ursachen in der frühkindlichen Erziehung benennt Hufer mit der "klassischen autoritären Erziehung" und der "verweigerten Erziehung" zwei Erziehungsstile, die besonders dazu geeignet sind, die Entstehung von Ressentiments zu fördern. Beide sind gekennzeichnet durch frühkindliche Kränkungs- und Zurückweisungserfahrungen, die zu einer ressentimentgeladenen projektiven Verarbeitung führen können. Für die Pädagogik ergibt sich aus dieser Analyse, dass sie insbesondere in Zeiten, in denen die politischen Verhältnisse sozialdarwinistisches Verhalten begünstigen, den Einzelnen in seiner Subjektwerdung und seine Mündigkeit und Autonomie wieder stärker in den Fokus rücken muss.

Am Beispiel des Ausstellungsprojekts "Zug der Erinnerung" verdeutlicht Gudrun Hentges die Bedeutung des historisch-politischen Lernens für die politische Bildung, denn "eine 'unhistorische Politische Bildung' [ist] ebenso wenig denkbar, wie eine 'unpolitische Historische Bildung'" (S.160). Anhand einer Auseinandersetzung mit den Besucherbüchern der Ausstellung untersucht Hentges, welche persönlichen, familiengeschichtlichen und moralischen Motive die Besucher(innen) in ihrer Entscheidung für einen Besuch beeinflusst haben und welche Aspekte der

Ausstellung als besonders relevant erfahren wurden. Die Verschränkung von politischem und historischem Bewusstsein zeigt sich dabei nach Hentges nicht zuletzt im demokratischen Anspruch, "wie eine Gesellschaft organisiert sein muss, um jedwede Wiederholung der NS-Geschichte zu verhindern" (S.172).

Der letzte Teil des Bandes beschäftigt sich schließlich mit der "Vermessung" rassistischer Ethnisierungsprozesse in Gesellschaft und Medien. Wie Erol Yildiz ausführt, sind "ethnisch codierte Zuschreibungsprozesse kein neues Phänomen, sondern in der Migrationsgeschichte durchgängig zu beobachten" (S.272). Die mediale Gegenüberstellung eines gesellschaftlichen "Wir" mit den "Anderen" kann sowohl auf Diskurse der Nachkriegszeit (z.B. Zu den "Ruhr-Polen") als auch auf eine Tradition völkerkundlicher und orientalistischer Objektivierung der "Anderen" zurückgreifen. Assimilations- und Anpassungsforderungen an Migrant(inn)en sind in dieser Hinsicht also kein spezifisches Charakteristikum medialer Berichterstattung. Die Medien tragen allerdings zur Verfestigung bestehender Diskurse bei und etablieren diese als hegemoniale. Durch die Stärkung "doxischer" Grundüberzeugungen leisten sie einer Ethnisierung sozialer Konflikte Vorschub, in der soziale Probleme stets die Bedeutung von "Kulturkonflikten" annehmen.

Am Beispiel der Debatten zum "Münchener U-Bahn-Mord" analysiert Susanne Spindler die Kriminalisierung von (jugendlichen) Migrant(inn)en, deren unterstellte Aggressivität in Medienberichten oft mit ihrer "Herkunft aus anderen Kulturen" begründet wird. Die dramatisierende Berichterstattung verstärkt dabei drei symptomatische, in der Bevölkerung weitverbreitete Meinungen: die Forderung nach "knallharten Strafen", die Einforderung "Deutscher Tugenden" sowie eine (gegebenenfalls auch nur auf Verdacht zu ermöglichende) Abschiebung "ausländischer Straftäter". Gemeinsam ist diesen Forderungen, dass in allen Fällen die Gewalt von "Migranten" als in besonderer Weise zu ahnden dargestellt wird: "Der Migrationshintergrund wird so zu einer Hauptachse der Differenz, die Ungleichheit aufgrund des Verhaltens der "Anderen" rechtfertigt und sie zugleich herstellt" (S.292).

Ähnlich argumentiert auch Kemal Bozay, wenn er in seinem Beitrag den Standortnationalismus als ideologischen Nährboden ausgrenzender Migrationsdiskurse in den Blick nimmt. Ethnisierung ist demnach eine symbolische Ressource, die (wie der Nationalismus) gesellschaftlich hervorgebracht wird, sie funktioniert allerdings nicht als "einfache" Zuschreibung, sondern als Wechsel von Selbst- und Fremd- | ethnisierungsprozessen. Weil Differenz als gesellschaftlicher Ausschließungsmechanismus funktioniert, fordert Bozay eine "Migrations- und Integrationspolitik, die sich den Menschen und der demokratischen Teilhabe verpflichtet sieht" (S.306).

Autor: David Christopher Stoop | erschienen in: Widerspruch 60/11, S. 213-216

Mit insgesamt zwanzig Beiträgen bietet der Sammelband einen umfassenden Überblick über Transformationsprozesse demokratischer (Sozial)Staatlichkeit in Deutschland und die daraus resultierenden Folgen. Ganz im Sinne einer "Vermessung des Sozialen" werden ökonomische und soziale Veränderungen konsequent in Beziehung zu politischen Auseinandersetzungen gedacht und mögliche Alternativen aufgezeigt.

Seitenumbrüche sind durch | gekennzeichnet.